

## Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

**London, 7. März.** Weitere Nachrichten aus New-York vom 21. v. Mts. melden, daß zwei Regimenter Conföderirter, von Clarksville kommend, im Fort Donnellson eingetroffen seien und sich den Unionisten ergeben haben. Man versichert, die Tennesseer würden nicht gestatten, daß die Conföderirten sich bei Nashville in eine Schlacht einlassen. Offiziere und Bürger aus Tennessee erklären, daß Tennessee bald zur Union zurückkehren werde. — Miramon war in Havannah eingetroffen und wird auf dem Dampfer „Edinburgh“ nach Europa zurückkehren.

**Brüssel, 7. März.** Nach der „Independance“ hätte Vimercati ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers Napoleon nach Turin überbracht, worin die letzte Rede Ricassoli's lebhaft getadelt wird; diese Thatsache wird als Grund für den Rücktritt des vorigen Ministeriums bezeichnet.

**Turin, 7. März.** Cordova hat seine Entlassung eingereicht. Der Senator Poggi ist zum Justizminister ernannt. Ratazzi soll Durando zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten vorgeschlagen haben.

Die „Opinione“ sagt: Laßt uns glauben, daß das heute aufgestellte ministerielle Programm das in Activitätsfragen der mobilen Nationalgarde enthalten und die von Bastogi vorgelegten Finanzgesetze aufrecht erhalten werde. Scialoja bleibt Generalsecretär. Mehrere Deputirte der Majorität haben in den Morgenstunden eine vorbereitende Versammlung abgehalten, um sich in Einvernehmen zu setzen.

**Triest, 7. März Nachm.** Nach weiteren Berichten aus Athen vom 1. d. Mts. haben die Insurgenten an die Gesandten Rußlands, Englands und Frankreichs eine Denkschrift gerichtet. Sie haben die Amnestie zurückgewiesen, und arbeiten eifrig an der Befestigung Nauplias. Nachrichten aus Corfu vom 4. d. M. melden, daß das Parlament seine erste Sitzung abgehalten habe. Der Alterspräsident Livada ermahnte die Deputirten, ihre Wünsche wegen Vereinigung Joniens mit Griechenland auszusprechen. Fast alle Deputirten leisteten dieser Ermahnung Folge und glaubt man, daß die Versammlung in diesem Sinne sich einstimmig aussprechen werde.

Das „Journal de Constantinople“ hat die marseiller Nachricht von einem Konflikt zwischen Türken und Christen in Ban dementirt.

**Paris, 6. März.** Der Kaiser sagte in der Antwort an die Deputation des Senats, welche ihm die Adresse überreichte, unter Anderem: Er sei über die Einmüthigkeit, mit welcher der Senat die Adresse votirt habe, erfreut; es sei dies ein neuer Beweis, daß in den Kammern wie im Lande die Majoritäten sich stets auf die Seite der Klugheit stellen, indem sie die extremen Meinungen ausschließen. Nach den mit Heftigkeit geführten Debatten habe er mit Vergnügen die gemessene Sprache in der Adresse bemerkt, die fast alle Stimmen in sich vereinigt und die den bekannten Grundsatz Bossuet's bestätigt, daß Mäßigung, auf Wahrheit beruhend, die feste Stütze der menschlichen Dinge sei. Der Kaiser schloß: Empfangen Sie meinen aufrichtigen Dank, denn nichts ist dem ruhigen und regelmäßigen Gange der Regierung zuträglicher, als das gute Einvernehmen zwischen den großen Staatsgewalten. Die Rede wurde mit Acclamation aufgenommen.

## Preußen.

**Berlin, 7. März.** [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem fürstbischöflichen Commissarius, Ehren-Domherrn und Erzpriester Dr. Siebert zu Trautenberg im Kreise Mitteltich den rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife, dem Kammerath und Reichshauptmann Voering auf Plotha im Kreise Torgau den rothen Adler-Orden 4. Klasse, den Kreisgerichtsboten und Greifboten Daniel Lews zu Berlin und Johann Wilhelm Wolff zu Neu-Ruppin, so wie dem Schöppen Christoph Pfa zu Felgeleben im Kreise Calbe das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den Landraths-Amts-Verweser, Regierungs-Assessor Otto Ludwig Agricola zum Landrath des Kreises Kreuznach, im Regierungs-Bezirk Koblenz, zu ernennen.

Der Kreis-Deputirte Freiherr v. Schorlemer auf Alt im Kreise Steinfurt, Provinz Westfalen, ist zum ordentlichen Mitgliede des Landes-Deputations-Collegiums ernannt worden.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Commerzien-Rath und schwedisch-norwegischen General-Consul W. Schlutow in Stettin die Erlaubnis zur Annahme des von dem Königs von Schweden und Norwegen Majestät ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes des Wasa-Ordens zu erteilen. (St.-M.)

**Berlin, 7. März, Abends 9 1/2 Uhr.** [Die Krisis.] In Folge der in der gestrigen Sitzung des Hauses erfolgten Annahme eines Antrages von dem Abgeordneten Hagen in Betreff der Aufstellung des Staatshaushaltsetats pro 1862, hat heute Vormittag eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, deren Resultat zunächst ein Anschreiben an den Präsidenten des Hauses ist, in welchem derselbe aufgefordert wird, die Sitzungen des Hauses auf einige Tage zu vertagen, da das Staatsministerium mit wichtigen Angelegenheiten beschäftigt, denselben beizuwohnen verhindert sei. Nach dem Antrage von Hagen, soll der Etat pro 1862 im Anhalt an den Etat von 1859 weiter specialisirt werden, während der Finanzminister solche Specialisirung pro 1863 zusagte, pro 1862 aber wegen großer Schwierigkeiten, welche in der Ausführung der Verwaltung dadurch bereit würden, ablehnte.

**K. Berlin, 7. März.** [Der Bericht über die deutsche und die italienische Frage.] Die beiden vom Abg. Twesten erstatteten Commissionsberichte über die deutsche und die italienische Frage sind erschienen.

In dem Berichte über den die Anerkennung Italiens befürwortenden Antrag des Abg. v. Carlowitz wird daran erinnert, daß im vorigen Jahre gegenüber dem bekannten Vindobener Abkommen der damalige auswärtige Minister eine beobachtende, zumartende Stellung unter Ablehnung aller Sympathie oder Antipathie in politischen Tendenzen mit der noch vorhandenen Ungewissheit über die Ziele und Resultate der italienischen Bewegung, mit der Möglichkeit bevorstehender neuer Konflikte und mit der Abwesenheit directer preussischer Interessen gerechtfertigt habe. Jetzt hat der wirkliche Legations-Rath Heyke in der Commission im Auftrage des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten die schriftlich formulierte Erklärung abgegeben: „daß der Carlowitz'sche Antrag, welcher einen Einfluß auf die Entscheidung einer schwebenden Frage der europäischen Politik auszuüben bezweckt, von der königlichen Regierung nicht gebilligt werden könne — und daß dieselbe daher auch eine Theilnahme an den Beratungen der Commission über diesen Antrag ablehnen müsse.“ Nach Abgabe dieser Erklärung hat der Regierungs-Commissar die Sitzung der Commission verlassen. Ein Mitglied der Commission hat diese Ansicht getheilt und es für „gefährlich“ erklärt, wenn „geheime Versammlungen sich viel mit der Executive beschäftigen.“ Die Commission hat sich dem gegenüber auf Artikel 81 und 82 der Verfassung berufen, wonach das Haus der Abgeordneten „unzweifelhaft befugt ist, über jeden Gegenstand des öffentlichen Interesses Adressen an die Krone zu richten, Information einzuziehen, und Erklärungen abzugeben. Hiervon ist die auswärtige Politik um so weniger ausgenommen, als dieselbe die wichtigsten Interessen des Staates und Angelegenheiten,

welche unzweifelhaft der Beschlussfassung der Volksvertretung unterliegen, auf das unmittelbarste affiziren kann. Eine Erklärung des Hauses kann allerdings weder in auswärtigen noch in innern Angelegenheiten auf die Executive innerhalb ihrer Competenz einen Zwang ausüben, aber einen Einfluß auf die Entscheidung irgend einer schwebenden Frage bezweckt jede Erklärung über die der königl. Regierung, sonst wäre sie überflüssig.“ ... Sachliche Gründe, welche im vorliegenden Falle der Annahme des Antrages oder seiner Verhandlung entgegenstünden, hat die Regierung nicht angegeben. Durch ihre Erklärung, daß sie den Antrag nicht billige, wird sich das Haus von der Erörterung des Antrages nicht abhalten lassen dürfen, zumal diese Erklärung von dem grundsätzlichen Standpunkt ausgeht, daß Fragen der auswärtigen Politik jeder Einwirkung des Hauses entzogen bleiben müssen, ein Standpunkt, welchen die Regierung bisher nicht eingenommen und welchen gerade in der hier vorliegenden Frage bei ihrer Verhandlung im vorigen Jahre der damalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten keineswegs geltend gemacht hat.“

In der Sache erklärt sich die Commission mit allen gegen eine Stimme für den Antrag. Dies eine Mitglied hat sich gegen die Revolution, „die Unterdrückung durch die Piemontesen“, ausgesprochen; „es sei eine Gefahr für die Ruhe und für das Gleichgewicht Europas“, wenn Italien unter einem französischen Könige oder Vice-Könige stehe, wenn der römische Papst ein französischer Pöpst werde.“ Nach Ansicht der Commission stehen „nur legitime Vorurtheile, Sympathien für die gestürzten Dynastien und für die weltliche Herrschaft des Papstes, welche in der That kein religiöses Interesse ist und den Papst in Abhängigkeit von weltlichen Mächten versetzt, sowie dynastischer Widerwille gegen die unitarische Politik, welche anderswo Nachahmung finden könnte, der Anerkennung des Königreichs Italien in Deutschland entgegen; eine gesunde Interessen-Politik aber verlangt diese Anerkennung.“ Zudem „ist die Consolidation der italienischen Verhältnisse seit vorigem Jahre offenbar in hohem Maße fortgeschritten, so daß — abgesehen von den Möglichkeiten auswärtiger Kriege oder anderer nicht vorhersehender Ereignisse — an der Lebensfähigkeit und dem Bestande des neuen Staates kaum noch gezweifelt werden kann. Außerdem haben inzwischen zwei Großmächte, England und Frankreich, und mehrere andere Staaten, wie Holland, Belgien und Schweden, das Königreich Italien anerkannt.“ — Die Commission verweist ferner auf die materiellen Interessen Preußens und erinnert an die „schweren und dauernden“ Nachteile, welche für die Keimen-Industrie Schlesiens und Westfalens aus dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Spanien erwachsen sind. Endlich: „Es ist kaum abzusehen, daß die Interessen Preußens und Italiens in eine feindselige Kollision gerathen sollten, oder daß Preußen irgend ein Interesse daran hätte, der Machtentwicklung Italiens entgegenzutreten. Und eine bloß unfreundliche Haltung scheint hier um so weniger rathsam, da es Preußen unter gewöhnlichen Umständen durch seine Entfernung an den Mitteln fehlt, derselben einen ersten Nachdruck zu geben. Um Rom und Neapel handelt es sich gegenwärtig nicht, da die Anerkennung sich selbstverständlich nur auf den gegenwärtigen Bestand des Königreichs Italien beziehen kann. Jedemfalls scheinen aber auch weder die österreichische Regierung, noch die päpstliche durch ihre Beziehungen zu Preußen eine so besondere Rücksicht zu verdienen, daß um ihrer feindseligen Stellung wegen auch Preußen eine solche zu dem italienischen Königreiche einnehmen müßte. Was endlich Frankreich betrifft, so scheint keine Gefahr vorhanden, daß ein geeinigtes und mächtiges Italien in einer für das übrige Europa und speziell für Preußen bedrohlichen Abhängigkeit von Frankreich stehen wird. Die Gefahren, welche man gerade in Frankreich von einer solchen Eventualität zu befürchten pflegt, die Verleumdung französischer Präsidenten in Toscana und Neapel, die Haltung der französischen Flotte vor Gaeta, die Befestigung Roms und eines Theils des Kirchenstaats, die Losreißung von Nizza und Savoyen sind Umstände, welche durchaus gegen die Dauer einer solchen Verbindung oder Abhängigkeit sprechen, sobald Italien nicht mehr ausschließlich auf den Schutz und die Freundschaft Frankreichs angewiesen ist. Eine feindselige Haltung Preußens könnte nur dazu beitragen, die Verbindung zwischen Frankreich und Italien zu verlängern und zu verfestigen. Die italienischen Staatsmänner und Volksvertreter legen Gewicht auf ein gutes Verhältnis zu Preußen, wie dies die Minister Cavour und Ricasoli wiederholt ausgesprochen haben. Andere Politiker Italiens haben geäußert, daß sie England und das nördliche Deutschland für die natürlichsten Verbündeten ihrer Zukunft halten.“ Auf die Länge wird sich die Anerkennung Italiens doch nicht umgehen lassen; „gegenwärtig hat sie noch Werth in den Augen der Italiener, und es scheint nicht, daß durch ein weiteres Hinschieben bei einer künftigen Anerkennung noch besondere politische Vortheile zu erreichen sein werden.“

In dem Berichte derselben Commission über die deutsche Frage wird einleitend die Geschichte des Bundesstaates recapitulirt. Zuerst ein „im Drange der Noth zu Stande gekommen“, Niemanden befriedigend, „Vergleich“, wurde der Bundestag seit dem aachener Congresse „das eigentliche Instrument der deutschen Regierungen für politische Ueberwachung und Unterdrückung, die Feuerlöschanstalt, mit der ihn Fürst Metternich und Minister v. Manteuffel zu vergleichen liebten, nicht selten das vorgeschobene Werkzeug, welches von den einzelnen Regierungen die Geschäftigkeit gewisser Maßregeln abzuwenden mußte. Für alle großen volksthümlichen Zwecke war er nach seiner ganzen Organisation und durch den eifersüchtigen Particularismus der souverän geborenen Einzelstaaten völlig unzureichend. Er sank immer mehr in der öffentlichen Achtung“, so daß endlich im Jahre 1848 „die offiziellen Protokolle und Noten, welche der Auflösung der Bundesversammlung vorhergingen, nicht anders redeten wie die radikalsten Widersacher des alten Systems.“ Trotz dieser Erkenntnis ist bis zu den Stürmen des Jahres 1848 nicht die mindeste Reform in der Bundesverfassung bewirkt worden, ist sie 1851 wieder hergestellt und bis auf den heutigen Tag unverändert geblieben. Der Widerspruch zwischen ihr und den thatsächlichen Verhältnissen und Bedürfnissen ist indessen immer schneidender hervorgetreten, seitdem einmal die Einzelstaaten zu constitutionellen Verfassungsformen übergegangen, und seitdem sich andererseits die entgegengesetzte Natur der beiden deutschen Großmächte immer klarer entwickelt hat. In erster Beziehung sprach schon der scharfsichtige Gens. von 1820 die völlige Unverträglichkeit des Bundes mit den Ansätzen des süddeutschen Constitutionalismus aus, und urtheilte, entweder müsse der Absolutismus wiederhergestellt, oder der Bund in seinen Fundamenten umgestaltet werden. Was aber das Verhältnis der beiden Großmächte betrifft, so war die ganze Bundesverfassung auf die Hypothese ihrer dauernden Einheit gegründet. „Ohne diese Uebereinstimmung war selbst die Bundes-Kriegsverfassung, ursprünglich die Grundlage und der Endzweck des Bundes, ein Unding. Denn die Heeresordnung einer losen Föderation von eifersüchtigen Staaten würde die ganze Misere der alten Reichskriege erneuern, wenn wirklich nach ihr verfahren werden sollte, wenn in einem Kriege die Staaten nur ihre Bundespflicht erfüllen wollten, wenn Preußen, statt mit neun, nur mit drei Armee-corps in den Krieg eintreten würde, wenn der Bundesfeldherr mit den abgerissenen Theilen verschiedener Armeen der Leitung eines von verschiedenen Specialinteressen geleiteten Ausschusses untergeordnet werden sollte.“ Früher hätte auch Niemand daran gedacht, eine der beiden Großmächte „gegen ihren Willen in einen Krieg zu zwingen, wie es 1859 gegen Preußen versucht ward. In allen wichtigen Angelegenheiten suchten sich die Großmächte außerhalb des Bundesstaates zu einigen, und sobald ernstliche Verwickelungen drohten, wie 1840 und 1859, dachte weder Oesterreich noch Preußen an eine wirkliche Anwendung der Bundes-Kriegsverfassung, um deren Reform sich dennoch König Friedrich Wilhelm IV. von 1840 bis 1848 ebenso vergeblich bemühte, wie es seit 1859 wiederum der Fall ist.“

Die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Umgestaltung der Bundeskriegsverfassung sowohl wie der ganzen Bundesverfassung ist nun in den beiden letzten Abtheilungen unseres Königs, und in den bekannten diplomatischen Aktenstücken von allen Seiten, wenn auch in dem verschiedensten Sinne, anerkannt worden. Ueber die Art der Lösung der deutschen Frage hat schon im vorigen Jahre die Majorität des Hauses der Abgeordneten deutlich zu erkennen gegeben, „daß sich nur in einem Bundesstaate mit preussischer Spitze und selbstverständlich mit einer Vertretung des deutschen Volkes der Wunsch der Nation nach größerer Einigung verwirklichen lasse, daß dieser Gedanke herrschend geworden und daß seine Durchföhrung vorzugsweise nur bei deren Widerstand finde, welche die Hilfsquellen Deutschlands den Sonderinteressen Oesterreichs dienstbar erhalten möchten.“ — Im Einzelnen nennt der Commissions-Bericht das Preussische Reformproject für das ganze

Bundesgebiet ein solches, „dessen Unzulässigkeit und Unausführbarkeit die Minister Preußens und Oesterreichs gleich schlagend dargelegt haben.“ Die vom Grafen Rechberg in der Depesche vom 5. November vorigen Jahres „auf Grund des Bundes-Präsidialrechts für Oesterreich in Anspruch genommene, besonders bevorrechtete, leitende Stellung steht mit dem thatsächlichen Verhältnis im vollsten Widerspruch und ist in der preussischen Note vom 2. Febr. d. J. durch Hinweis auf die Bundesakte und frühere allseitig abgegebenen Erklärungen, zurückgeführt worden.“ Der gleichzeitig von Rechberg vorgeschlagene Eintritt Gesamt-Oesterreichs in den Bund, würde, wie die Preuss. Note vom 2. Febr. mit Recht erinnert hat, den gegenwärtigen Bestand des Bundes unzweifelhaft lösen, aber gewiß nicht zu einer politischen Konsolidation führen.“ — Auch Hr. v. Beust hat in seiner Depesche vom 22. Novbr. 1861 „bedauernd“ kund gegeben, daß dieser Gedanke auf dem Wege des Vertrages unerreicht sei, daß er nur 1851 hätte realisiert werden können „in dem Augenblicke, wo Oesterreich Herr in Deutschland war.“ Gegen die Ausführung in der Bernstorff'schen Note vom 20. Decbr., daß eine Entwicklung des Bundes in bundesstaatlicher Richtung für seinen ganzen Bestand von vornherein unthunlich, und eine kräftige Centralgewalt für den ganzen Bund unmöglich sei, daß dagegen die Bildung eines Bundesstaates von engeren Grenzen, innerhalb des weiteren, völkerrrechtlichen Staatenbundes als eine sehr wohl mögliche und wünschenswerthe Reform betrachtet werden müsse“, haben die österreichische und mehrere andere Regierungen „den auffallenden Schritt gethan, in gleichlautenden, beileidigen Noten unter Berufung auf die Sorge um die Sicherheit und den moralischen Frieden Deutschlands eine förmliche Verwahrung anzulegen.“ Graf Bernstorff hat unterm 14. Febr. „diese Proteste als unveranlaßt und unberechtigt entschieden zurückgewiesen und jede weitere Erörterung der Gegenstände abgelehnt.“ Endlich ist die Roggenbach'sche Depesche vom 28. Jan. veröffentlicht, welche für den engeren Bundesstaat, eine einheitliche Centralgewalt und ein Nationalparlament sich erklärt und in ähnlicher Weise hat sich die Ständeversammlung von Sachsen-Weimar unter Zustimmung des Ministers v. Wabdorf ausgesprochen.“

In diese Lage der Dinge fallen die bekannten drei Anträge: Albrecht und Gen., Schöze und Gen., und Bresgen und Gen. Letzterer ist vom Antragsteller dahin erläutert: er wolle dasselbe Ziel wie die beiden andern Anträge, „halte es aber nicht für getrennt und zweckmäßig, die Endziele jetzt auszusprechen und preuß. Ansprüche an die Spitze zu stellen, welche im übrigen Deutschland wenig Anklang finden, zum Theil unwillig zurückgewiesen würden; das nation. Streben sei mehr auf Freiheit als auf Einheit gerichtet; in der letzten Zeit sei in Folge des Auftretens der Reg. gegen die letzten Wahlen und ihren liberalen Gesetzbörsen Mißtrauen gegen die Entscheidung und Freisinnigkeit der preuß. Reg. an die Stelle der Sympathien getreten, und letztere würden nur dann wieder erwachen und erst dann eine Umgestaltung der deutschen Verhältnisse ermöglichen, wenn der preussische Staat im Innern völlig reformirt wäre; nachdem das geschehen, werde es Zeit sein, ein deutsches Parlament zu berufen, und dann werde sich die preussische Leitung und alles Uebrige von selbst finden.“ Ein Mitglied der Commission hat allen drei Anträgen von dem bekannten großdeutschen Standpunkte aus widersprochen. Die Commission hat den Antrag Bresgen einstimmig abgelehnt, da zwar der innige Zusammenhang einer liberalen Politik im Innern und einer nationalen Politik nicht verkannt werde, aber dessen ungeachtet die Verfolgung der nationalen Ziele nicht hinausgeschoben werden dürfe, bis die innern Reformen vollendet sind, mit den sogenannten moralischen Eroberungen allein werden jene Ziele niemals erreicht werden.“

In Bezug auf das Ziel: „Constituierung eines Oesterreich ausschließenden Bundesstaates mit einer der Krone Preußens übertragenen Centralgewalt und mit deutscher Volksvertretung“ ist die Comm. mit allen gegen eine Stimme einig gewesen. Die Gründe dafür liegen in folgenden Sätzen: „Eine Consolidation Deutschlands mit zwei Spitzen ist ein Widerspruch in sich selbst; eine Großmacht kann sich niemals zu Gunsten einer andern auch nur theilweise mediatisiren lassen, und eben so undenkbar ist eine gemeinsame Gewalt über zwei Großmächte mit verschiedenen Interessen.“ Oesterreich sei „nur einer Executive untergeordnet, die von ihm selbst beherrscht wird“, aber selbst in der Zeit, „wo Oesterreich Herr in Deutschland war“, scheiterte Schwarzenberg mit dem Bestreben, diese Consequenz zu ziehen. Deutschland muß die Solidarität für Oesterreichs Politik ablehnen; „dagegen sind die politischen Interessen und Bedürfnisse des preussischen und des übrigen deutschen Volkes durchgängig dieselben.“ Die patriotische Formel, daß Deutschland nicht durch den Ausschluss Oesterreichs verunstaltet werden dürfe, ist ein Vorwand seiner Freunde und Anhänger.“ Oesterreich hat nie daran gedacht, sich dem frankfurter Parlament unterzuordnen; das Programm von Kremier proklamirte ein selbstständiges Oesterreich neben einem selbstständigen Deutschland, und gegenwärtig sind alle Parteien in Oesterreich darüber einig, daß eine nähere Verbindung mit Deutschland, als die völkerrrechtliche unmöglich ist.“ Für das übrige Deutschland aber ist eine feste bundesstaatliche Organisation eine Frage der Selbsthaltung, und auch Oesterreich selbst wird auf die Dauer begreifen müssen, daß für seine eigenen Interessen „ein geeinigtes und mächtiges Deutschland vortheilhafter ist, als ein getheiltes und ohnmächtiges.“ Im übrigen Deutschland stehen allerdings die partikulären Souveränitäten der stärkeren Centralisation schroff entgegen; sie finden in Oesterreich und den jetzigen Bundesformen den besten Schutz für das dynastische Föderativsystem. Unter die gegenwärtige Bundesverfassung flüchtet sich Alles, was absolutistisch, particularistisch und antinationalistisch ist. Alle liberalen und nationalen Bestrebungen sind auf die bundesstaatliche Entwicklung gerichtet.“ Ein wahrhafter Bundesstaat aber, läßt sich unter den gegebenen realen Verhältnissen nicht ohne die preussische Spitze denken. Auch hier handelt es sich eben so wenig wie bei Oesterreich um Sympathie oder Antipathie, sondern um die Nothwendigkeit der Sache. Preußen bedarf Deutschlands und Deutschland Preußens; Oesterreich ist allseitig nothig, „für die Allgemeinheit aller deutschen Länder, nicht zum Vortheil Preußens werden sie verlangt“, sie „treffen mehr die Regierungen wie das Volk, und sind auch da, nach der Bemerkung der badischen Regierung mehr sichtbar als wirklich.“ „Nur das Annehmen an den mächtigsten Staat, nur der Rückhalt eines festen Staats-Organismus kann die Kraft geben, den Widerstand zahlreicher Verhältnisse zu überwinden und aus der Vielheit zur Einheit zu gelangen. Nur eine vorhandene reale Macht ist im Stande, in einem neu zu gestaltenden, complicirten Staatswesen die nothwendige Regierungsgewalt zu begründen und zu führen. Diese Erkenntnis führte Italien, welches 1848 noch allgemein dem Anschluß an Piemont widerstrebte, seit 1859 zu diesem Anschluß und sogar zum Einheitsstaate. Derselbe Erkenntnis wächst auch in Deutschland. Die hannoverschen Liberalen, welche 1848 und 1849 noch separatistisch und partikuläristisch waren, sind jetzt national geworden. Das Volk, die Landesvertretungen und manche Regierungen werden mehr und mehr dem Particularismus entsagen, wenn sie in Preußen den ersten Willen finden, dem nationalen Drange entgegenzukommen.“ (Schluß folgt.)

## Deutschland.

**Kassel, 5. März.** [Zur Ministerkrisis. — Die Diätenfrage.] Heute Mittag fand eine Sitzung des Gesamt-Ministeriums statt. Nach umlaufenden Gerüchten soll eine Ministerkrisis bevorstehen, oder bereits eingetreten sein; Herr v. Godeffroy soll mit der Bildung eines neuen Ministeriums bereits seit vorgestern beauftragt sein (vergl. die telegr. Depesche im heutigen Morgenbl.). Der Correspondent der „Ztg. f. Nordd.“ bemerkt zu dieser Notiz: „Das Ministerium Godeffroy könnte nur ein sog. Adels-Ministerium werden, das vor Allem in der Erhaltung der ersten Kammer seine Aufgabe suchen würde. Aber trotz aller mehr oder weniger beglaubigten Nachrichten über eine nahe bevorstehende Aenderung unserer Zustände, will man hier doch noch nicht recht an eine solche glauben. Jede Aenderung, die nicht eine Wiederherstellung des gebrochenen Rechtes wäre, würde aber nur die Verlegenheiten mehren.“

Beinahe sämtliche Abgeordnete zu der jüngst aufgelösten „zweiten Kammer“ haben bereits ihre Forderungen an Tagegelder und Reisekosten dem Obergerichtsanwalt Rommel, welcher mit Besorgung dieser



Angelegenheit beauftragt ist, abgetreten. Derselbe hat am 1. d. Mts. das Ministerium des Innern von den bis dahin erfolgten Abtretungen in Kenntniß gesetzt und gestern, wie die „H. M. Z.“ berichtet, wegen einiger der abgetretenen Forderungen im Betrage von ungefähr 220 Thlr. beim hiesigen Obergericht Klage erhoben. Die übrigen Forderungen werden in gleicher Weise zu Beträgen von jedesmal mindestens 200 Thlr. zusammengethan und solchergestalt eingeklagt werden.

### Frankreich.

Paris, 5. März. [Ausführung des Kaisers und des gesetzgebenden Körpers.] Beim Beginn der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers ergriß Graf Morny das Wort: „Meine Herren! — sagte derselbe — ich habe die Ehre, ein Schreiben des Kaisers zu empfangen, und ich habe mich beeilt, Sie zusammen zu berufen, um nicht einen Augenblick für Mittheilung eines Documentes an die Kammer und an das Land zu verlieren, welches geeignet ist, die Bande wieder fester zu knüpfen, welche den gesetzgebenden Körper und den Kaiser an einander knüpfen.“ Das Schreiben des Kaisers, welches alsdann Graf Morny verlas, lautet:

Palast der Tuileries, 4. März 1862.

Mein lieber Präsident! Ich bedaure innig das Mißverständniß, welches zwischen dem gesetzgebenden Körper und mir obzuwalten scheint. Der Geist unserer Institutionen sowie meine wohlbelannte Gefinnung gegen die Kammer hätten uns davor bewahren dürfen.

In der That sind Konflikte heutzutage fast unmöglich: die Gesetze werden um ihrer selbst willen, nicht mit Aussicht auf den Sturz oder das Aufrechterhalten eines Ministeriums in Betracht genommen. Wenn die Regierung ohne Umschweife ihre An- und Absichten darlegt, sind die Entschlüsse des gesetzgebenden Körpers um so freier, als bei gewöhnlichen Vorkommnissen eine Meinungsverschiedenheit den Geschäftsgang in keiner Weise zu stören vermag. Diesem durchaus unbestreitbaren Systeme gemäß würde mir ein Ablehnen des Dotations-Gesetzesvorschlages seitens der Kammer ohne Zweifel peinlich gewesen, wenn auch ohne allen Einfluß auf meine Gefinnung und mein Verhalten verblieben sein. Ich begreife indessen, daß nach Ihren Erklärungen ein unbedeutender Vorfall durch die Umstände, die damit verknüpft waren, zuerst ernst genug wurde, um die Majorität in eine bedauernde Alternative zu versetzen. Deshalb hat eine große Anzahl Deputirter, wie Sie mir gesagt haben, ein Gesetz vorgezogen, das sich in seinem Ganzen mit den außerordentlichen militärischen Dienstleistungen befasse. Indem ich diese Idee annehme, habe ich beschloffen, ein neues Projekt vorzulegen, das, indem es der Kammer die Würdigung eines allgemeinen Prinzips unterbreitet, gestattet, in richtigem Maße allen glanzvollen Thaten vom Marschall bis zum Soldaten die der Größe des Landes würdigen Belohnungen zu sichern. Der gesetzgebende Körper, der mir immer eine so loyale Unterstützung geliebt, der mich gehalten hat, das Kaiserreich u. d. Institutionen zu gründen, welche uns überleben sollen, wird es, ich glaube dieses gern, mit Vergnügen sehen, daß ich mich beeile, das Mittel anzunehmen, welches das gegenseitige Vertrauen wieder herstellen, die Spuren von einer Meinungsverschiedenheit verweihen wird, die immer zu bebauern ist, wenn sie zwischen zwei Gewalten besteht, die einen und denselben Ursprung haben und auf gewöhnliche Weise für die nämlichen Zwecke arbeiten. Empfangen Sie, lieber Präsident, die Versicherung meiner aufrichtigen Freundschaft.

Das kaiserliche Schreiben wurde mit den wiederholten Rufen: Vive l'Empereur! begrüßt, worauf der Präsident mit bewegter Stimme sagte: „Meine Herren! diese sofortige und einstimmige Kundgebung ist die beste Antwort, welche ich dem Kaiser überbringen kann.“ Von allen Seiten erklangen nun die Rufe: Ja! Ja! Es lebe der Kaiser! Zum Schluß kündete der Präsident noch an, daß morgen die Diskussion über die Adresse beginnen werde. So endete die Sitzung, in der das Einverständniß zwischen dem Kaiser und der Kammer wieder hergestellt wurde. (R. 3.)

Marseille, 5. März. Der „Presteur“ aus Athen vom 28ten Februar berichtet, daß die Unruhen sich nur auf Nauplia und auf einen kleinen Umkreis desselben beschränken. Alle Verbindungen, deren Mittelpunkt Tripolizza ist, sind wieder hergestellt. Ein Brief des Generals Gennais versichert, daß die insurgirten Soldaten, die aus Tripolizza nach Lacedaemonien flohen, sich ohne Kampf den Einwohnern, die sie umzingelt hatten, ergeben haben. Dem Unter-Präfekten von Argos ist es gelungen, den dynastischen Enthusiasmus wieder hervorzurufen. Ernstliche Treffen haben zwischen den Insurgenten in Nauplia und den Königl. zu Olizia stattgefunden. Die Insurgenten wurden von Orivas befehligt. In Nauplia sind gezwungene Steuern auferlegt worden. Man schreibt dem Könige die Absicht zu, die Rebellen einem Kriegsrathe zu überweisen. Alle Carnevals-Lustbarkeiten sind eingestellt, am Hofe wie in der Stadt.

Eine Correspondenz aus Athen behauptet dagegen, daß die Insurgenten in Nauplia nicht eingeschlossen sind und die Umgebung der Festung mit 6000 Freiwilligen und 2500 regelmäßigen Soldaten besetzt halten. Sie erhielten Lebensmittel und Pulver über Syra. Die Regierung entläßt die Provinzen und zieht die Truppen in Athen zusammen, um mit Macht gegen die Rebellen zu ziehen. Man befürchtet in Folge der Zurückberufung der Truppen Unruhen in Epirus und Thessalien.

Breslau, 7. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Niedergasse Nr. 3 ein schwarzer Duffel-Überzieher mit schwarzem Futter, in dessen Taschen sich zwei Taschentücher und ein Paar schwarze Handschuhe befanden; Matthiassstraße Nr. 26 ein Handbeil und eine Unterjade von blauem Paravent; Hinterhäuser Nr. 23 ein Oberbett mit blau und weiß farbrtem Überzuge, eine Duffeljacke, ein roth farbrtes Sommerhütchen, zwei Frauenhemden, eine roth und weiß gestreifte und eine blau und weiß gestreifte Schürze, eine Kamelot und eine Rattenschürze.

Polizeisch mit Beschlagnahme belegt wurden: ein kupfernes Waschbecken und zwei weisse Leinwandstücke.

Gefunden wurden: eine Röhre; eine eingebaute silberne Spindeluhre; eine Schaufel; eine silberne Collieruhr mit Goldrand, so wie ein Theil einer unechten Panzerkette; ein neues Buch mit gepreßtem Leinwandrücken, betitelt: „Die Frithjofs-Sage“.

[Wasserleiche. — Unglücksfall.] Am 5. d. M. wurde ein männlicher Leichnam, den die Ober an den Rechen der im Bürgerwerder gelegenen Boelche'schen Delmühle geschwemmt hatte, an's Land gezogen. Derselbe war mit einem alten defekten Flauschrock, schwarzen Putzschuhen und kalbledernen Stiefeln bekleidet. — Am demselben Tage stürzte auf dem Grundstücke Friedrich-Wilhelmsstraße 14 eine alte Mauer, mit deren Abbruch ein Tagelöhner beschäftigt war, unerwartet zusammen. Hierbei wurde Letzterer zu Boden gerissen und erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels. (Pol.-Bl.)

Breslau, 8. März. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: neue Schweidenstraße Nr. 1 ein weiß und roth farbrter Bettüberzug, zwei Betttücher, ein schwarzer und ein rothgefarbter kattunener Frauenrock, eine rothgestreifte Nachjacke, eine grauwollene schwarzgestreifte Kinderjade, drei Handtücher, gezeichnet G. S., drei Wischtücher, gezeichnet H., drei Mangelstücher, ein rothgepunktetes Tuch, eine rothe Tischdecke, neun Stück verschiedenes farbige Schürzen, zwei rothgefarbte Kinderhütchen, ein Paar baumwollene, zwei Paar lila und zwei Paar grauwollene Strümpfe, ein kleines wollenes Cravattentuch, ein kleiner roth und grau gemusterter Schal und zwei Tatlunene, mit Spitzen besetzte Kinderhütchen; an den Kaiserin Nr. 5 und 6 aus einer gewaltigsten erbrochenen Glaswerkstatt, ein Glasper-Diamant, zwei Weiß- und zwei Flachsagen, vier Hammer, eine Holzaspel, ein englisches Stemmeisen ohne Heft, eine Holzspäße und eine Holzart; Ziegenstraße Nr. 9 drei Mannshemden, ein Frauenhemde, ein Vorhemden und ein Paar wollene Strümpfe.

Mit Beschlagnahme belegt wurden: ein Auerhahn, fünf Auerhühner, drei Cochinchina- und zwei gewöhnliche Haushühner, eine Kacke. Verloren wurden: ein Gesindebienstuch, auf den Namen Otilie Feinze lautend; ein gepreßtes, grünleuchtendes Gelbfärbchen, enthaltend circa 6 Zähler baarcs Geld; eine silberne vergoldete Broche in Form einer Weintraube; ein Zeichenstein und eine Schnürnadel. (Pol.-Bl.)

Glogau, 7. März. Am frühen Morgen durchwehte eine Nacht die Stadt, die Alles in Staunen setzte. Auf hiesiger Festung be-

finden sich bekanntlich in Untersuchungsarrest der magdeburger Vorfälle wegen die Leutenants von Sobbe und Puzki. Das hier gefällte kriegsgerichtliche Urteil befindet sich gegenwärtig im Kabinet Sr. Majestät des Königs, und täglich wurde die allerhöchste Entschliessung erwartet. (S. die telegr. Depesche der Bresl. Ztg., nach welcher Se. Majestät schon eine Entschliessung getroffen habe.) Die Angelegenheit hat dagegen plötzlich eine andere Wendung genommen. Die Leutenants von Sobbe und Puzki sind nämlich gestern von hiesiger Festung entlassen, und ist auch nicht die geringste Spur vorhanden, wohin sie sich gewendet! Die Entlassenen befanden sich, wie man uns versichert, nicht verschlossen, weil sie ihr Ehrenwort gegeben, keinen Fluchtversuch machen zu wollen. (Wir theilen Letzteres, welches uns kaum glaublich erscheint, nur deshalb mit, um eine Rectification dieses Gerüchtes zu veranlassen.)

### Aus dem Jahresbericht der Handelskammer für die Kreise Hirschberg und Schönan zu Hirschberg für das Jahr 1861. (Schluß.)

Der von Carl Samuel Häusler in Hirschberg erfundene Holz-Cement findet als feuerfestes Dachbedeckungs-Material immer mehr Anerkennung bei den Behörden sowohl als auch bei dem Publikum, und hat neuerdings die königl. Regierung zu Potsdam und das königl. Polizei-Präsidium zu Berlin sich äußerst günstig über diese Holz-Cement-Bedachung hinsichtlich ihrer Feuerfestigkeit ausgesprochen. (s. Potsdamer Regierungs-Anzeigerblatt Stück 4, vom 24. Januar 1862, welches lautet):

Bekanntmachung der königl. Regierung zu Potsdam und des königl. Polizei-Präsidiums zu Berlin.

Nachdem über die von dem Fabrikbesitzer Carl Samuel Häusler in Hirschberg in Schlesien erfundene und gefertigte Holz-Cement-Bedachung hinsichtlich ihrer Feuerfestigkeit als Dachbedeckungs-Material unter Zuziehung von Sachverständigen umfassende Versuche angestellt worden sind, bringen wir hierdurch und auf Grund des von den Sachverständigen abgegebenen Gutachtens zur öffentlichen Kenntniß, daß die mit dem Carl Samuel Häusler'schen Holz-Cement vorchriftsmäßig eingedeckten Dächer hinsichtlich ihrer Feuerfestigkeit den Ziegel-Spitz-Dächern mindestens gleich zu erachten sind.

Wir machen die Polizei-Behörden hierauf aufmerksam und bemerken gleichzeitig, daß jedes mit diesem Fabrikat eingedeckte Dach einen Schild und jedes Faß mit dem bezüglichen Material eine gleiche Etiquette mit der Aufschrift:

„Carl Samuel Häusler in Hirschberg in Schlesien, Erfinder der Holz-Cement-Bedachung“

führen wird.

Potsdam und Berlin, den 16. Januar 1862.

Königl. Regierung. Königl. Polizei-Präsidium.

Abtheilung des Innern. Im Auftrage: von Winter.

Abschrift. Wir benachrichtigen Sie hierdurch, daß die von Ihrem verstorbenen Ehegatten erfundene und gefertigte Holz-Cement-Bedachung bei der von unserer Commission am 23. December v. J. vorgenommenen Prüfung als feuerfest befunden worden ist, und wir demzufolge die erforderliche Amtsblatts-Bekanntmachung erlassen haben, welche im nächsten Stücke unseres Amtsblattes erscheinen wird. Potsdam, den 16. Januar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

An die Fabrikbesitzerin, Frau Mathilde Häusler Wohlgeborene zu Hirschberg in Schlesien.

Die Glas-Fabrikation in der Josepfinen-Hütte zu Schreiberhau ist in ungewöhnlichem Betriebe geblieben, wenn auch die kriegerischen Handels-Verhältnisse in England ihre Wirkung auf die hiesigen Erzeugnisse insofern bemerkbar machten, als zwar die Aufträge von dort sich nicht verminderten, aber weniger in so reichen Artfellen als in den letzten Jahren bestanden.

Der Verkehr mit Amerika war in der zweiten Hälfte des Jahres sehr unbedeutend, dagegen war das Geschäft mit dem Continent lebhafter als in den letzten Jahren.

Neue Beziehungen sind in letzter Zeit mit Spanien aufgenommen worden, über deren weitere Entwicklung sich indes noch nichts sagen läßt.

Die Fabrikation von Dauermehl in der zu Neukirch im schönaner Kreise gelegenen Fabrik ist ziemlich erheblich gestiegen.

Es sind im Laufe des Jahres 1861 7339 Scheffel Weizen gemahlen worden, im Betrage von 22,017 Thlr., desgleichen 4078 Scheffel Roggen im Betrage von 8156 Thlr.

Das Butter-Geschäft hatte im abgelaufenen Jahre einen etwas günstigeren Verlauf als in den nächstvorhergegangenen Jahren, obgleich der Absatz im Frühjahr durch Mangel an ausreichender Waare und von Mitte November an durch sehr gesteigerte Einkaufspreise beeinträchtigt ward.

Böhmische Butter wurde im Januar mit 20—22 Thlr. per Centner bezahlt, ging im Juni auf 20—21 Thlr. zurück, um von da ab successive bis December auf 25—26 Thlr. in die Höhe zu gehen.

Schlesische Butter wurde im Januar mit 18½ Thlr. per Centner bezahlt, ging bis gegen Mitte Mai auf 25 Thlr. hinauf, wick alsdann auf 20 Thlr., und stieg von da ab bis December wieder auf 25 Thlr.

Am Schluß des Berichtes wird die freudige Vermerkung nicht unterlassen, daß die jetzt in nahe Aussicht gestellte Eisenbahn unserer Industrie und unserm Handel einen neuen Aufschwung geben wird. Ja, wir glauben sogar behaupten zu können, daß bald nach Eröffnung des Bahntraces neue industrielle Unternehmungen in nicht unbedeutender Zahl entstehen und in den von uns vertretenen Kreisen einen lebhaften Verkehr hervorgerufen werden.

Ein anderes Bedürfnis macht sich bei den Bestrebungen unserer Industrie besonders fühlbar, nämlich die Errichtung einer Bank-Commanbitte oder Agentur an diesem Orte.

Der Mangel dieses Instituts bereitet im hiesigen Geschäfts-Verkehr eine Lücke, die manchem gewerblichen Etablissement, Fabrikanten und Geschäftsmann, erhebliche Schwierigkeiten und Nachtheile bringt.

Während viele andere Orte und Kreise bei leichteren Verkehrsmitteln zu den Hauptplätzen und mit verhältnismäßig weniger Fabrikaten und allgemeinem Geschäftsverkehr sich einer derartigen Geldquelle erfreuen, dürfen wir wohl hoffen, daß auch diese wenigen Worte zur Erreichung dieses Unternehmens geneigte Berücksichtigung finden werden.

### Breslauer Sternwarte.

7. März 10 U. Abds.	27 7,56	+2,8	Ed. 1.	Trübe.
8. März 6 U. Morgl.	27 8,09	+3,0	S. 1.	Bedekt. Regen.

### Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 7. März, Nachm. 3 Uhr — Min. Die 3proz. begann mit 69,80, fiel auf 69,70, stieg auf 70,10 und schloß hierzu fest und belebt. Consols von Mittags 12 Uhr waren 93½ eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 70,10. 4½proz. Rente 97,75 coup. det. 3proz. Spanier —. 1proz. Credit 42½. Silber-Anleihe —. Dester. Staats-Eisenbahn-Aktien 506. Credit-mobiliere-Aktien 762. Lomb. Eisenb.-Aktien 546. Oesterreich. Credit-Aktien —.

London, 7. März, Vorm. In Newyork war der Wechselkurs auf London 114. Baumwolle sehr gesucht 22—23. In Fonds bedeutendes Geschäft. Illinois 65, Gold-Agio 3½—3¾, Brodloose matt.

London, 7. März, Nachm. 3 Uhr. Consols 93½. 1proz. Spanier 43. Mexikaner 34½. Sardinier 81. 3proz. Russen 99, 4½proz. Russen 93. Hamburg 3 Monat 13 M. 7½ Sch. Wien 14 J. 10 Kr. — Die Dampfer „Edinburg“ und „Jura“ sind aus Newyork eingetroffen. — Die Ueberlands-post ist in Alexandria eingetroffen.

Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 20,530,950, der Metallvorrath 15,673,888 Pfd. St.

Wien, 7. März, Mitt. 12 Uhr 30 M. Bei Abgang der Depesche fester 5proz. Metall 70,25. 4½proz. Metall 61,75. Bank-Aktien 826. Nordbahn 215. — 1854er Loose 91,25. National-Anleihe 84. — Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 275,50. Creditaktien 198,70. London 137,80. Hamburg 103. — Paris 54 60. Gold —. Silber —. Elisabethbahn 155. — Lomb. Eisenbahn 272. — Neue Loose 129,30. 1860er Loose 91,80.

Frankfurt a. M., 7. März, Nachm. 2 Uhr 30 M. Günstige Stimmung; steigende Tendenz für österr. Effecten. Luxemburger merktlich höher. Schluß-Course: Ludwigsh.-Verba 130½. Wiener Wechsel 85½. Darmst. Bank-Aktien 204. Darmstädter Frettelbank 249. 5proz. Metall 49½. 4½proz. Met. 43½. 1854er Loose 64½. Dester. National-Anleihe 59½. Dester. Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 233. Dester. Bank-Antheile 704. Dester. Credit-Aktien 169½. Neueste österr. Anleihe 66½. Deit. Elisabethbahn 113. Rhein-Nabe-Bahn 26½. Mainz-Ludwigsh. Litt. A. 117½.

Hamburg, 7. März, Nachm. 2 Uhr 30 M. Anfangs flau, später fest! Schluß-Course: National-Anleihe 60½. Dester. Credit-Aktien 71½. Vereinsbank 101½. Norddeutsche Bank 94. Rheinische 91½. Nordbahn 58½. Disconto 2,2½. Wien 105. — Petersburg 29.

Hamburg, 7. März. [Getreidemarkt.] Weizen loco unverändert, ab auswärts geschäftslos. Roggen loco fest, ab Königsberg pr. Frühjahr zu 86—87 künftl. Del pr. Mai 28½, pr. Okt. 26½. Raffee sehr animirt, Rio ¼ höher, 8000 Sack meistens Rio umgelegt.

Liverpool, 7. März. [Baumwolle.] 4,000 Ballen Umlauf. — Unregelmäßiger Markt. Upland 12½, Neworleans 12½, Surate 8½. Wochenumsatz 31,600 Ballen, darunter 18,000 Ballen ostindischer.

London, 7. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen unverändert. Mehl bestränkt. Wetter künftl.

Amsterdam, 7. März. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen stille. Roggen animirt, Termine 4 Fl. höher. Raps April 83½, Oktober 73½. Rüböl Mai 43½, Herbst 41½.

Berlin, 7. März. Bis zur Mitte der Börse war die Haltung unentschieden. Im Ganzen wurde Kaufkraft vermehrt, nur einige wenige Effecten, namentlich schlesische Eisenbahn-Aktien und deutscher Credit, waren schon in der ersten Börsenhälfte beliebt und in ziemlich regem Verkehr. Je mehr die Börse sich ihrem Schluß näherte, um so entschiedener trat für diese Papiere Kaufkraft hervor, und manches andere Papier, gegen Ende namentlich die Aktien der hiesigen Gesellschaft für Fabrication von Eisenbahnbedarf, reichte sich ihnen an. Ein Gerücht über die Dividende der genannten Industrie-Gesellschaft verbreitete den Begehr für die Aktien über diejenigen geschäftlichen Kreise hinaus, welche für dieselben sonst Interesse zeigten. Auch für zinstagende Effecten war heute mehr Frage, für Prioritäten wurden Abgeber fast ganz vernichtet; dagegen war ein großer Theil von Eisenbahn-Aktien überwiegend angeboten. (B. u. S.-Ztg.)

### Berliner Börse vom 7. März 1862.

Fonds- und Geldcourse.		Div. Z.
Preuss. Staats-Anleihe	4½ 102 bz.	1860/61 E.
Staats-Anl. von 1860	4½ 101 bz.	3½ 124 bz.
52, 54, 55, 56, 57	4½ 102 bz.	7½ 139½ a 139 bz.
dito 1863	4 101 B.	— 4 —
dito 1869	5 108 bz.	3½ 88½ G.
Staats-Schuld-Sch. ....	3½ 90½ bz.	4 97 G.
Präm.-Anl. von 1865	3½ 121 bz.	4 97 G.
Berliner Stadt-Obl. ....	4½ 103 G.	3½ 87 bz.
Kur-u. Neumärk. ....	3½ 83½ bz.	4½ 101½ G.
dito Pommersche	4 101½ B.	3 40 bz.
dito neue	4½ 101 G.	2 4 58½ B.
Posenische	4 103½ G.	4½ 4 92½ a ¼ bz.
dito	3½ 98 bz.	4 88½ G.
dito neue	4 97½ bz.	— 4 —
Schlesische	3½ 93½ B.	4½ 99 bz.
Kur-u. Neumärk. ....	4 99½ B.	— 4 25 bz.
Pommersche	4 99½ bz.	3½ 3½ 05 bz.
Posenische	4 98½ bz.	3½ 3½ 04½ bz.
Westf. u. Rhein.	4 98½ G.	6½ 4 113½ bz.
Sächsische	4 100 bz.	— 4 4½ bz.
Schlesische	4 99½ bz.	— 4 91 bz.
Louisdor.	— 109½ G.	4½ — —
		4½ 82 bz.
		— 4 89½ bz.
Oberschles. B...	7½ 139½ a 139 bz.	
dito C...	— 4 —	
dito Prior A...	— 4 —	
dito Prior B...	— 4 —	
dito Prior C...	— 4 —	
dito Prior D...	— 4 —	
dito Prior E...	— 4 —	
dito Prior F...	— 4 —	
Oppeln-Tarnow.	3 40 bz.	
Prinz-W. (St.-V.)	2 4 58½ B.	
Rheinische	4½ 4 92½ a ¼ bz.	
dito (St.) Pr.	4 88½ G.	
dito Prior A...	— 4 —	
dito III. Em.	4½ 99 bz.	
Rhein-Nahebahn	— 4 25 bz.	
Ruhrort-Crefeld.	3½ 3½ 05 bz.	
Starg.-Posener	3½ 3½ 04½ bz.	
Thüringer	6½ 4 113½ bz.	
Wilhelms-Bahn	— 4 4½ bz.	
dito Prior	— 4 91 bz.	
dito III. Em.	4½ — —	
dito Prior St.	4½ 82 bz.	
dito dito	— 4 89½ bz.	